

Die Gesellschaft in Balance
für ein erfülltes Leben - jetzt und zukünftig

Überlegungen zur Erneuerung der SPD
und ihrer künftigen Politik

Vorstand des Ortsvereins Bilderstöckchen (Köln)

Dezember 2018

Nach der Bundestagswahl 2017 hat der Bundesvorstand zur Parteierneuerung aufgerufen. Die Diskussion soll Ende 2019 mit programmatischen Aussagen und vier, fünf klaren Botschaften für den nächsten Wahlkampf auf einem Parteitag abgeschlossen werden. Inhaltlich soll es dabei vor allem um die Themen Wachstum für alle, Neues Miteinander, Arbeit von Morgen, Wir in der Welt gehen. Im Februar 2019 will der Bundesvorstand ein Thesenpapier zur weiteren Diskussion vorlegen.

Vor wenigen Wochen erklärte Andrea Nahles in Bezug auf die Sozialpolitik: „Wir brauchen eine große, umfassende, tiefgreifende Veränderung - und nicht nur viele kleine.“

Der Ortsverein Bilderstöckchen ist der Auffassung, dass diese Forderung nicht nur für die Sozialpolitik, sondern für alle Politikbereiche gelten muss. Er möchte sich mit dem nachfolgenden Text in diese Diskussion einschalten, zugleich sich damit auch selbst vergewissern, für welche Politik er stehen möchte, die Grundlage auch seiner kommunalpolitischen Aktivitäten sein soll, und welche innerparteiliche Veränderungen er für notwendig erachtet.

Hendrik Weber
Vorsitzender des Ortsvereins Köln - Bilderstöckchen

c/o
Magnusstr. 18b, 50672 Köln

Inhalt

- I. Zum Leitbild der SPD als Volkspartei: Gesellschaft in Balance
- II. Zum Menschenrecht auf ein erfülltes Leben
- III. Zur Nachhaltigkeit als dem einzig verantwortbaren Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns (Grundsatzprogramm 2007)
- IV. Zur Gesellschaft in ökologischer, sozialer, ökonomischer Balance
- V. Zu den Grundsätzen in einzelnen Politikbereichen
- VI. Zum Wandel - Was zu tun ist
- VII. Zur innerparteilichen Erneuerung

I.

Zum Leitbild der SPD als Volkspartei Gesellschaft in Balance

1. Gegründet wurde die SPD als Interessenpartei der Arbeiterklasse. Mit dem Godesberger Programm öffnete sie sich für andere Bevölkerungsschichten und wurde dann eine Volkspartei, die für alle gesellschaftlichen Schichten und unterschiedliche Weltanschauungen offen sein wollte. Ohne Ausweitung der Wählerbasis schien das Ziel der Regierungsmehrheit nicht erreichbar. Die Geschichte hat ihr Recht gegeben, sonst hätte es keine Bundeskanzler Brandt, Schmidt und Schröder gegeben.

Als Volkspartei müssen wir eine Politik des Kompromisses betreiben. Da wir grundsätzlich für alle Gesellschaftsmitglieder wählbar sein wollen, müssen wir mit unserem politischen Programm die gesellschaftlichen und weltanschaulichen Interessenkonflikte schon innerhalb der Partei zum Ausgleich bringen. Eine im gesellschaftlichen Gesamtkonzept nicht begründbare Bevorzugung einer Gesellschaftsschicht zu Lasten anderer oder eine überproportionale Belastung einer Gesellschaftsschicht zu Gunsten einer anderen darf es im Programm einer Volkspartei nicht geben. Denn dies führt nicht zum Ausgleich zwischen den Gesellschaftsmitgliedern und damit zu deren Solidarisierung, sondern zu (ungerechtfertigten) Privilegierungen und damit zur Spaltung der Gesellschaft.

Eine solche politische Ausrichtung ist grundsätzlich richtig. Denn Gesellschaften funktionieren auf der Grundlage von Kooperation und nicht aufgrund von Konfrontation. Sie entstehen, weil Menschen glauben, in einer großen Lebensgemeinschaft (nicht nur Arbeitsgemeinschaft) mit Aufgabenteilung ein besseres Leben führen zu können als alleine - besser sowohl in materieller als auch in immaterieller Hinsicht. Ein solches Leben erfordert Zusammenhalten und Zusammenwirken sowie Toleranz. Ein solches Leben entwickelt gegenseitige Abhängigkeiten und erfordert die Fähigkeit zum selbstlosen Handeln, zumindest in der Form wechselseitiger Hilfe im Sinne von reziprokem Altruismus (ich helfe dir, du revanchierst dich später). Fairness im und Vertrauen in das Zusammenleben sind deshalb Grundlagen für das Funktionieren größerer Gesellschaften.

Deshalb ist es konsequent, wenn unser Parteiprogramm den Konsens der Gesellschaft fördert und auf ein vereinendes, übergeordnetes Ziel ausgerichtet ist.

2. Insoweit trifft die SPD mit ihrem Versprechen „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ den Nerv des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das alleine reicht aber nicht, um als Volkspartei erfolgreich zu sein. Denn die Öffnung für mehrere gesellschaftliche Schichten führt zum Verlust des klaren Profils einer auf eine Bevölkerungsschicht fokussierten Interessenpartei. Wenn dies bis zur inhaltlichen Beliebigkeit geht, kommt die Partei in den

Verruf, es ginge ihr vorrangig um Machterwerb bzw. Machterhalt. Dies führt zur Schwächung der Parteibindung, zum Verlust einer treuen Wählerschaft. Und dies führt zur Zersplitterung der Parteienlandschaft, zur Stärkung von Gruppierungen an den Rändern der Gesellschaft. Die AfD, entstanden aus der Finanzkrise 2008, ist das warnende Beispiel.

Wir brauchen deshalb auch als Volkspartei ein profilstarkes Leitbild, das nach Möglichkeit alle Schichten und Weltanschauungen in der Gesellschaft „mitnimmt“. D.h. wir müssen überzeugend erklären, dass „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ als Bausteine für das Zusammenleben erforderlich sind und was wir darunter verstehen. Wir müssen z.B. erklären, warum eine belastende politische Maßnahme nicht nur für die Gesellschaft als Ganzes nützlich, sondern auch für die belastete Gruppe keine Niederlage ist. Nur dann können sich Bürger/innen aus allen Schichten mit unserem Programm identifizieren und die Notwendigkeit erkennen, SPD zu wählen.

Zum Anderen zählt für den Erfolg einer Volkspartei, ob sie für ihr Programm die richtigen Ziele und Mittel benennt, ob sie die notwendigen Kompetenzen zur Umsetzung hat, welche Werte sie dabei hochhält und ob sie bzw. ihre Kandidaten/innen vertrauenerweckend und glaubwürdig sind. Denn staatliche Institutionen, auch Parteien unterliegen einem Ehren- und Reinheitskodex. Sie können nur Ansehen gewinnen, wenn sie Gründe liefert, warum sie Achtung verdienen. Institutionen mit gutem Ruf wecken Vertrauen, verstärken die Gruppenidentifikation und tragen zur Verbreitung der von ihr verkörperten Werte bei. Das große Problem der Ungewissheit in der Politik, was die Zukunft bringt, kann (nur) mit Vertrauen gelöst werden.

3. Offensichtlich hat die SPD in den letzten Jahrzehnten hier nicht überzeugend agiert. Ansonsten sind ihre schlechten Wahlergebnisse der letzten Jahre nicht zu erklären. „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ (früher hieß es: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) - darunter verstehen wir gemäß unserem aktuellen Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 zur Schaffung eines solidarischen Deutschlands (Ziffer 50) u.a. eine gerechte Weltwirtschaftsordnung (Ziffer 8); eine neue Entspannungspolitik, um strukturelle Konfliktursachen wie Hunger, Armut und Ressourcenmangel zu überwinden (Ziffer 11); einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler Ebene - mit europaweiten Mindestsätzen und einheitlicher Bemessungsgrundlage für Unternehmersteuern (Ziffer 15) und der Eingrenzung kurzfristiger Renditeanlagen (Ziffer 35); eine Beteiligung der Unternehmen und Privathaushalte an der Finanzierung staatlicher Aufgaben entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit (Ziffer 19); eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen, z.B. durch eine gerechte Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften (Ziffer 30) und über Lohnzuwächse, die am Wachstum der Produktivität und an der Inflation orientiert sind (Ziffer 31); eine Industriepolitik, die ökologisch und deren Ziel ein solares

Energiezeitalter ist (Ziffer 33); einen Lohn für Vollzeitarbeit, der für den Lebensunterhalt ausreicht, und Existenz sichernde Mindestlöhne in Deutschland und Europa (Ziffer 38); einen Sozialstaat, der Armut bekämpft und die Menschen befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, der Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik begreift und dessen zentrale Ziele Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation sind (Ziffer40).

Ziehen wir Bilanz, so ist festzustellen, dass wir nicht gehalten haben, was versprochen wurde: Statt zu einem solidarischen Deutschland haben wir zu einer fragmentierten (von Einzelinteressen gespaltenen) Gesellschaft beigetragen. Zwischen Programm und Handeln besteht eine (zu) große Diskrepanz.

Hierfür gibt es mehrere Gründe. Zum Einen hat sich innerhalb der SPD die Überzeugung durchgesetzt, dass die Angleichung unterschiedlicher sozialer Verhältnisse nur durch die Ausweitung der verfügbaren wirtschaftlichen Möglichkeiten statt durch Umverteilung zu realisieren sei. Nach diesem Verständnis muss ökonomisches Wachstum neue Güter erzeugen, um die Ansprüche der im Sozialranking hinten Stehenden zu befriedigen, ohne den vor ihnen Stehenden etwas zu nehmen. Die Kluft zwischen den Schichten bleibt. Zum Anderen hat die SPD als Volkspartei ihre ursprüngliche Stammwählerschaft gegenüber den vermögenden Schichten überproportional belastet und damit letztlich den Wandel zu einer Kapitalpartei vollzogen. Von der Arbeits- und Sozialpolitik bis zum Dieselskandal, vom Rüstungsexport bis zur Energie- und Wachstumswirtschaft haben wir eine Politik mitgetragen, die gesellschaftliche Reformen nur soweit ermöglichte, dass es nicht zum Umverteilen von Reichtum, zu einschneidenden Einschränkungen von Kapitalinteressen kam.

Wir haben uns so auch den Blick auf die zentrale Zukunftsaufgabe, unsere ökologischen Lebensgrundlagen zu sichern, verstellt. Die sich seit mehreren Jahrzehnten abzeichnenden Umweltprobleme wurden vernachlässigt. Und wir haben damit zur Entstehung neuer Parteien (Die Grünen, die Linke) beigetragen. Wir sollten alle Anstrengungen auf uns nehmen, dies rückgängig zu machen.

4. Wir wollen deshalb unser politisches Handeln ändern und unsere Versprechen mehr als bisher einlösen. Dazu soll unser politisches Leitbild die **Gesellschaft in Balance** sein. Denn nur Kooperation führt langfristig zu einem gedeihlichen Fortentwickeln unserer Gesellschaft und zu besseren Lebensbedingungen für alle. Also: Miteinander statt gegeneinander, Füreinander statt Ohneeinander (Alleine zu Lasten Anderer). Zusammenhalten und Zusammenwirken funktionieren aber nur so lange, so lange unsere Gesellschaft in Balance ist und zwar in allen Bereichen - sozial, ökologisch und ökonomisch.

5. Wir haben, wie alle Volksparteien, auch ein innerparteiliches Problem. Wir haben eine starke Parteiführung, die weitgehend unabhängig ist von ihren Mitgliedern. Das führt zu einem geringen Einfluss der einzelnen Parteimitglieder auf die und wenig Kontakt zu der Parteiführung.

II.

Zum Menschenrecht auf ein erfülltes Leben

Wir sind der Überzeugung, dass nur eine Gesellschaft in Balance den Gesellschaftszweck erfüllen kann, allen Menschen ein erfülltes Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen - jetzt und in Zukunft.

1. Wir erkennen an, dass jeder Mensch für ein erfülltes Leben

- Nahrung, Wasser, Luft, Behausung, Sexualität bedarf (das Leben sichernde körperliche Bedürfnisse),
- nach Sicherheit, Geborgenheit strebt und sich nach sozialer Akzeptanz sehnt (körperliche Unversehrtheit, Stabilität, liebevolle Beziehungen, Zuneigung, anerkanntes Mitglied der Gemeinschaft),
- stabiles Selbstwertgefühl benötigt (Respekt, Wertschätzung, Schönheit, Interesse an Wissen u. Erkenntnis),
- sich selbst verwirklichen möchte (Entwicklung und Ausschöpfung seiner Anlagen, Möglichkeiten und Potenziale, Exzellenz).

Unter den lebenswichtigen Gütern verstehen wir nicht nur die Güter und deren Umfang, soweit sie zum Erhalt des Lebens unerlässlich sind, sondern auch all das, ohne welches achtbaren Leuten - auch den untersten Schichten - ein Auskommen nach den Gewohnheiten des Landes nicht zugemutet werden kann. Ein erfülltes Leben setzt nach unserer Auffassung deshalb die Entfaltungsmöglichkeit jedes Einzelnen voraus, als akzeptiertes Mitglied einer Gemeinschaft auftreten zu können.

2. Wir räumen ein, dass wir dieses Ziel bisher trotz aller Fortschritte in unserem Land nicht erreicht haben. Die „soziale Marktwirtschaft“ wurde nach der Währungsreform 1948 mit dem Slogan „Wohlstand für alle“ eingeführt. Grenzenloser ökonomischer Wohlstand und Konsum für jeden, für alle Bevölkerungsschichten wurde als gemeinsames Ziel ausgerufen. Damit wurde zwar die Zeit unendlicher Erwartungen für ein glückliches Leben eingeleitet und die Gleichung „materieller Wohlstand gleich Glück“ eingeführt. Wir entwickelten einen Lebensstil nach dem Prinzip des maximalen Individualismus, der maximalen Wa-

renproduktion sowie des maximalen Konsums. Die geweckten Wohlstandserwartungen im Sinne eines erfüllten Lebens für Alle wurden aber nicht erfüllt. Vielmehr ist die ökonomische und soziale Spaltung der Gesellschaft in unserem Land immer größer geworden - und wir haben sie mit unserer Politik und der ihr folgenden Lebensweise in der Welt mit befördert. Dies führt langfristig zur Zerstörung des inneren und äußeren Friedens und schadet letztlich allen. In Deutschland leben ca. 13 Millionen Menschen in Armut oder an der Armutsgrenze. 1,2 Millionen Bürger und Bürgerinnen sind auf Zuwendungen der Tafeln angewiesen. Wir haben den zweitgrößten Niedriglohnsektor aller Industrieländer - er betrifft hierzulande inzwischen fast jeden vierten Beschäftigten. Damit ist auch ihre Altersarmut in der Zukunft vorprogrammiert, während die Arbeitgeber überproportionale Gewinne machen (insbesondere im Exportbereich, was auch weltweit zu einer wirtschaftlichen Schieflage führt). Wir haben dem Abbau von Sozialleistungen zugestimmt und die arme Bevölkerung damit überproportional belastet, da die reiche Bevölkerung nicht an der Finanzierung des neuen Sozialsystems entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt, sondern stattdessen über Steuererleichterungen zusätzlich privilegiert worden ist. Die Einkommen der ärmsten 40% der Deutschen haben sich seit Beginn des neuen Jahrtausends deutlich reduziert, während die der oberen 10% der Deutschen überdurchschnittlich stiegen. Der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung in unserem Land am Gesamteinkommen ist von einem Drittel in den 1960er Jahren auf derzeit 17% gefallen, hat sich also halbiert.

Die Angst vor der Zukunft und sozialem Abstieg steigt in weiten Teilen der übrigen Bevölkerung. Fast zwei Drittel der Weltbevölkerung sind von menschenwürdiger Lebensführung weitgehend ausgeschlossen. Das hat auch Auswirkungen auf unser Leben. Ein Prozent der Menschen hat so viel Vermögen angesammelt wie die übrigen 99% der Weltbevölkerung zusammen. Es gibt in unserem Land erhebliche Demokratiedefizite. Dies gipfelt in der Forderung, man müsse die Demokratie marktkonform gestalten. D.h. die Marktrechte gehen den Grundrechten vor. Und d.h. nach vorherrschender Moral: Eigennutz geht vor Gemeinwohl und Solidarität. Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht - dieser Gedanke ist nach wie vor ein Trugschluss.

Das Wirtschafts- und Finanzsystem ist nicht stabil. Die privaten und öffentlichen Schulden stiegen seit der Finanzkrise 2008 weltweit stärker als die Wirtschaftsleistungen. Die Finanzwirtschaft wuchs seitdem ungebrochen schneller als die Realwirtschaft und wurde durch die Gründung von Schattenbanken noch unübersichtlicher. Viele Märkte sind eigentlich gesättigt. Neue Krisen (Wohnkrise, Anlageskandal um Containerschiffe) kamen hinzu oder kündigen sich an (Lebensversicherungen und Pensionskassen).

3. Damit Alle ein erfülltes Leben führen können, ist es politisch wichtig und richtig, die bestehenden Alltagsprobleme der Menschen unverzüglich anzugehen (bezahlbares Wohnen, menschenwürdige Arbeit, gleiche Bildungschancen für Alle, soziale und finanzielle, innere und äußere Sicherheit, Gesundheit, Alterssicherung, kulturelle Teilhabe). Wir müssen für deren Lösung aber zur Kenntnis nehmen: Wir übernutzen seit Jahrzehnten unsere Erde. Jahr für Jahr früher verbraucht die Menschheit alle natürlichen und erneuerbaren Ressourcen der Erde und stößt so viele Treibhausgase aus, wie die Erde nur über das ganze Jahr verkraften kann (Weltüberlastungstag). Für den Rest des Jahres bräuchten wir, ökologisch betrachtet, weltweit eine zweite bzw. für Deutschland auch noch eine dritte Erde. Die Folgen, der Klimawandel, werden von Jahr zu Jahr stärker. Wir zerstören unsere Lebensgrundlagen und die der künftigen Generationen. Um das zu verhindern, müsste der jährliche Emissionsausstoß je Bundesbürger/in von rd. 10 Tonnen CO² auf etwa 2 Tonnen reduziert werden.

Deshalb heißt es, zu einer neuen, zu einer reduktiven Lebensweise und Wirtschaftsform zu finden. Es geht um eine andere Moral und mithin um ein neues Bewusstsein, was zu einem erfüllten Leben gehört.

III.

Zur Nachhaltigkeit als dem einzig verantwortbaren Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns

In unserem geltenden Grundsatzprogramm (Ziffer 5) heißt es: „Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und ökologischer Krise betrachten wir Nachhaltigkeit als das einzig verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet...der rein betriebswirtschaftlichen Logik (widerstehen)...ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe.“

Wir erneuern dieses Bekenntnis und gehen von folgenden Grundsätzen aus.

1. Unsere politische Gestaltungsaufgabe besteht darin, zu einem weltweiten Programm des Wandels beizutragen und eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, „die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befrieden und ihren Lebensstil zu wählen“ - so wie es die Weltgemeinschaft schon auf dem „Erdgipfel“ 1992 in Rio anerkennt, mit den Vereinbarungen auf der Pariser Klimakonferenz 2015 und der „New Yorker Agenda 2030“ untermauert und in den UN-Nachhaltigkeitszielen konkretisiert hat.

2. Gemäß diesen UN-Vereinbarungen ist für uns ein gutes Leben die Lebensqualität, die wirtschaftlichen Wohlstand und subjektives Wohlbefinden schafft bzw. erhält, dabei die Grenzen der Umweltressourcen einhält und auf ein Leben zu Lasten Anderer verzichtet. Das schließt den Verzicht ein, die Lebensoptionen zukünftiger Generationen zu beschneiden.
3. Wir treten für eine weitsichtige, über eine Legislaturperiode und über die Landesgrenzen hinausgehende Politik ein. Wir wollen keine von sich selbst überlassenen Entwicklungen getriebene Politik. Wir stellen uns der Mehrdimensionalität politischer Verantwortung: Die Gerechtigkeit in den heutigen Generationen wollen wir nicht denken ohne die Zukunftsverantwortung für die uns nachfolgenden Generationen. Die ökologische, ökonomische und kulturelle / soziale Dimensionen allen menschlichen Handelns bilden stets eine Einheit. Deshalb soll sich unser politisches Handeln nicht nur auf eine Dimension beziehen, sondern hinsichtlich der Wirkungen stets auf alle drei - gemeinsam und gleichzeitig - ausgerichtet sein.
4. Es ist offensichtlich, dass der Erhalt unserer Lebensgrundlagen eine internationale, weltweite Aufgabe ist. Die Lösungen der Folgen von internationalem Klimawandel, weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisen und sozialen Krisen, auch der globalen Migration, können nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit, durch ein gleiches Bewusstsein und übereinstimmende Moral gefunden werden. Privilegien und Ausbeutung/Ausnutzung, Wohlstand zu Lasten Dritter sind Ausdruck von Ungerechtigkeit. Dies führt zu Neid, Neid zu Hass, Hass zu Gewalt, Gewalt zu Krieg, Krieg zur Zerstörung der Gegenwart und der Zukunft.

Deshalb sind wir für Zusammenhalt und Zusammenwirken in der Welt, beginnend in der EU. Deshalb muss die EU neben der Wirtschafts- auch eine Ökologie- und Sozialunion werden. Ein Block von 500 Millionen Menschen kann mehr bewegen als eine Nation mit 80 Millionen. Deshalb brauchen wir eine interkulturelle Verständigung zwischen christlichem und islamischem Kulturraum, zwischen den Kulturräumen des Hinduismus und Buddhismus sowie den Stammeskulturen Afrikas und Lateinamerikas. Die vier Imperative für die Menschlichkeit des Weltethos nach Hans Küng bilden für uns das Fundament: nicht töten, nicht stehlen, nicht lügen, nicht Sexualität missbrauchen.

IV.

Zur Gesellschaft in ökologischer, sozialer und ökonomischer Balance

Für die neue Gesellschaft in ökologischer, sozialer und ökonomischer Balance brauchen wir einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch. Wir brauchen ein neues „Wir Gefühl“, um über die

Generationen und nationalen Grenzen hinweg zusammen zu wirken und zusammen zu halten - und zwar nicht nur in der Not, sondern auch in guten Zeiten. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag mit einer neuen Wirtschaftsordnung.

1. Wir wollen deshalb sowohl die globale als auch die Generationen übergreifende Dimension des Freiheits- und Gerechtigkeitsbegriffs etablieren und sichern, indem wir die Grenzen des Grundrechts der Freiheit (Art. 2 GG) neu fassen. Wir wollen klarer machen, welche Lebensbedingungen die Unantastbarkeit der Würde des Menschen verletzen; welches Handeln, welche Lebensweise vom dem Recht auf freie Entfaltung unserer Persönlichkeit gedeckt wird und welche(s) die Rechte Anderer (auch Lebensweise und Wohlstandsentwicklung von Menschen in anderen Weltregionen) verletzt. Deshalb wollen wir den Schutz der Kinder und der künftigen Generationen und damit auch den Klimaschutz im Grundgesetz verankern. Wir wollen Menschen aus Bürgerkriegs- und Armutsgeländern - auch wegen der Folgen des Klimawandels oder ihrer ökonomischen Ausbeutung - als Flüchtlinge anerkennen, zumal wir an den Ursachen der Emigration durch unsere Lebensweise und Wirtschaftsform oftmals nicht unbeteiligt sind.

2. Wir wollen die Sozialbindung des Eigentums (Art. 14 Abs. 2 GG) durch die Ausweitung von Treuhandeigentum (insbesondere für Eigentum, das aufgrund gesellschaftlichen Vorleistungen entstanden ist) stärken; und wir wollen den Treuhandcharakter der den Menschen zugänglichen natürlichen Ressourcen (vgl. Art. 15 GG) stärker schützen. Wasser, Land, Luft, Bodenschätze und Wald sind „Gemeingüter“ bzw. „Gemeinsames Erbe der Menschheit“. Weil sie deshalb allen gehören, sollen sie Einzelnen nur verpachtet bzw. zur treuen Hand übertragen werden mit klaren Grenzen für die Nutzung (z.B. keine Spekulationsgeschäfte).

Von den Erträgen, nicht von der Substanz der Ressourcen leben, „Gebrauchen statt Verbrauchen“ soll unser Handeln leiten. Wir wollen es auf alle wirtschaftsrelevanten Rechtsgebiete auszudehnen.

3. „Gebrauchen statt Verbrauchen“ heißt auch, neu zu lernen, was Teilen und Verzicht heißt, nämlich den „Antriebsüberschuss“, das „immer mehr haben wollen“ auf das sozial und ökologisch sowie ökonomisch verträgliche zu reduzieren. So wollen wir z.B. die Grenzen des Eigennutzes neu definieren und den Konsumismus als Leitbild der Lebensgestaltung und des wirtschaftlichen Handelns ablösen durch gemeinwohlorientiertes Handeln.

4. Wir möchten, dass sich die Bürger/innen als Staatsbürger/innen und damit als Mitgestalter des Rechts verstehen und nicht nur als dessen Adressaten. Wir wollen die selbst denkenden, ihre Kommunikations- und Teilnahmerechte aktiv wahrnehmende Bürger - sowohl im wohlverstandenen eigenen Interesse als auch im Interesse des Gemeinwohls.

Wir wissen, dass eine solche Einstellung und ein solches Handeln nicht von den staatlichen Institutionen erzwungen werden kann. Somit zehrt unser Gemeinwesen, der freiheitliche Staat, von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das macht seinen Bestand so instabil. Deshalb muss er verteidigt werden. Wir müssen deshalb mit hohem Motivationsaufwand die Unzufriedenen, die Wende- und Globalisierungsverlierer, die Resignierten und emotional Abgehängten, aber auch die, denen es gut, sogar sehr gut geht und die keine Angst vor der Zukunft haben, ansprechen, um sie ins gemeinsame Boot zurück zu holen. Wir dürfen das Angebot von Zusammenhalt und Gerechtigkeit nicht Splitterparteien oder Sammelbewegungen überlassen.

5. Wir wollen uns dieser Aufgabe, die seit langem sträflich vernachlässigt worden ist, mit hoher Priorität stellen. Wir wollen neue Bürgerbeteiligungsprozesse und neue Dialogkulturen einführen, in denen Mitsprache, Bürgerentscheid und Volksbegehren verbindlich sein sollen. Wir wollen eine institutionelle Stärkung unserer parlamentarischen Demokratie. Deshalb wollen wir den Lobbyisten-Einfluss zurückdrängen, die Transparenz politischen Handelns (wer tut was warum für wen mit welchem Ziel) erhöhen und Abhängigkeiten unterbinden - auch von Partei und Politik als Erwerbsgrundlage.

Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlich festgeschriebene Zahl der Abgeordneten in den Parlamenten nicht weiter erhöht und auch bei Überhangmandaten nicht überschritten wird. Wir halten eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten bei Wegfall der Pensionsansprüche und Einschränkung der Nebentätigkeiten für notwendig. Wir wollen die Legislaturperioden um bis zu zwei Jahren verlängern, dafür die Wiederwahl des Bundeskanzlers / der Bundeskanzlerin sowie von Parlamentsmitgliedern - ausgenommen die, die ein Direktmandat erlangen - auf eine beschränken. Diese Änderungen würden die Unabhängigkeit der Politiker von Parteien und Interessenverbänden vergrößern, Kumpanei und Lobbyismus zumindest eindämmen. Vor allem böte dies die Chance, die Fähigkeit der Parlamente zur Systemkritik zu erhöhen und den eigenen Machterhalt als wichtiges Entscheidungsmotiv zu relativieren.

6. Für die Realisierung der UN-Nachhaltigkeitsziele wollen wir die soziale in eine solidarische Marktwirtschaft umwandeln: Das marktwirtschaftliche System rechtfertigt sich durch die Fähigkeit, den Bedürfnissen der Gesellschaft(en) Rechnung zu tragen. Marktwirtschaft ist kein Selbstzweck zur Gewinnmaximierung Einzelner.

Die solidarische Marktwirtschaft soll im kooperativen Wettbewerb die gewünschte Güterversorgung der Gesellschaft innerhalb der Grenzen der Belastbarkeit unserer natürlichen Ressourcen und im Rahmen sozialer und ökonomischer Verträglichkeit (Stabilität) sichern. Es geht insbesondere um die Eingrenzung des quantitativen Wachstums der Güterproduktion und des individuellen Konsums aus ökologischen Gründen sowie um die

Produktionsweise (und Dienstleistungen), um Arbeitsbedingungen und die Verteilung des erwirtschafteten Einkommens, um Preisentwicklung und Beschäftigungsgrad sowie um den Außenhandel. Wir wollen:

- (1) die Ablösung des Systems der maximalen Warenproduktion und Konsumierung durch ein System der optimalen Warenherstellung und des optimalen Konsums, also die Umstellung des Handels und des Konsums auf das ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Maß und auf Produkte, die der Entfaltung der inneren Produktivität und Aktivität des Einzelnen dienen;
- (2) die Eliminierung der - der real praktizierten Marktwirtschaft immanenten - Wachstumszwänge und -treiber mit ihren Steigerungslogiken. (Die auf Kredit gestützte permanente Expansion von Warengütern zur Gewinnmaximierung der Unternehmen sowie das Konsumieren als Prestigeangelegenheit werden verhindert);
- (3) ehrliche Preise, die alle Kosten, auch die Folge- (Umwelt-) kosten, enthalten;
- (4) die weltweit gerechte Verteilung der Gewinne.

Für eine solche Klima- und Solidarökonomie gehen wir z. B. von folgenden Modellansätzen aus:

- a) In der Gemeinwohlökonomie sind die Unternehmen am Wohlergehen der Gesellschaft interessiert, das höher bewertet wird als das eigene private Wohl. Kategorien wie Kooperation, Vertrauen, Solidität und soziale Sicherheit bestimmen das Handeln und definieren den Unternehmenserfolg danach, welchen Beitrag sie zum Erreichen dieser Ziele leisten. (Gemeinwohl-Bilanz). Das wirkt sich z.B. steuerlich oder bei der Kreditvergabe von (ebenfalls gemeinwohlorientierten) Banken aus.
- b) Die Sabbatökonomie beruht auf einer Moral der Genügsamkeit und enthält einen strukturellen Wachstumsverzicht. Zentral ist die Einführung einer Zeit der Zufriedenheit, in der die Menschen auf mehr Gewinn, Konsum und Prestige durch materiellen Wohlstand verzichten (Beispiel: „Kein-Konsum-Tag“ - einmal im Monat/ in der Woche). Dies gilt natürlich nicht für Gesellschaftsmitglieder, die in existentieller Not leben und kein selbstbestimmtes und ressourcenreiches Leben führen können.
- c) Die Ökonomie des Vollgelds und der Entschuldung fordert eine stärkere Reglementierung der Finanzmärkte. Geld wird wieder zu einem öffentlichen Gut und alleine von der Zentralbank erzeugt. Das Geldsystem steht ausschließlich im Dienst der Realwirtschaft. Der Finanzsektor wird verkleinert (Geschäftsbanken dürfen z.B. nur das Geld verleihen, das sie zur Verfügung gestellt bekommen haben, Schuldenbremse für Banken, Finanztransaktionssteuer).

Die öffentlichen Haushalte sind zu entschulden und künftig weitgehend schuldenfrei zu halten. Dazu muss der Grundsatz, dass alle Bürger/innen das in Relation zu ihren Einkommensverhältnissen gleiche Opfer für die Gesellschaft erbringen sollen, wieder befolgt werden.

- d) Die Wirtschaft der geschlossenen Produktionskreisläufe hilft, das Wachstum im Rahmen des natürlichen Erneuerungsprozesses zu halten. Alle Konsumgüter und Bauteile werden so geplant, dass sämtliche Materialien nach Ende ihrer Nutzung erneut verwendet werden können. Zudem sollen alle Produkte schadstofffrei hergestellt werden. In einer Wirtschaft des vollständigen Recyclings wird für die Nutzung des Produkts bezahlt, nicht für den Besitz bzw. das Eigentum daran. Nach der Nutzung muss die Ware zwecks vollständiger Wiederverwertung zurückgegeben werden.
- e) Die Ökonomie der Nähe fordert vor allem eine Verkürzung der Produktionsketten. Die Fremd- bzw. Fernversorgung wird reduziert und z.T. durch regionale, lokale und Selbstversorgungen ersetzt. Dadurch können die Produktnachfrager zugleich die Kapitalgeber ihrer regionalen Produzenten sein. Dies führt zu intensiveren, vertrauensvolleren, sozialeren Beziehungen zwischen den Akteuren in der Region. Weitere positive Effekte dieses Konzepts sind kürzere Transportwege und weniger kapitalintensive Technologien und Unternehmen, die nicht an maximaler Rendite, sondern an unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung orientiert sind. Die handwerkliche Wertschöpfung wird reaktiviert. Reparaturdienst, Renovierung und Umgestaltung erhalten wieder einen hohen Stellenwert. Weitere Wesensmerkmale sind Gemeinschaftsnutzung und Verlängerung der Nutzungsdauer.

Es mehren sich die Analysen, dass eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang und Wachstumstreiber innerhalb ökologischer Grenzen und unter Achtung sozialer Gerechtigkeit machbar ist. Es ist eine Frage des politischen Handelns. Also machen wir es - endlich.

- 7. Für das Erreichen der Gesellschaft in Balance bedarf es eines handlungsfähigen, demokratisch legitimierten und zukunftsorientierten Staats. Altruistisches Handeln der Bürger/innen fällt leichter, wenn neutrale staatliche Institutionen die entsprechend fördernden Handlungsrahmen schaffen und ihre Einhaltung überwachen. Dies verhindert das Entstehen von unsolidarischem Eigennutz (Egoismus).

Zur Handlungsfähigkeit gehört eine angemessene Staatsfinanzierung. So sollen, wenn erforderlich, die staatlichen Einnahmen erhöht werden. Nur starke Staatsgebilde können gemeinsam die Dominanz der weltweit agierenden Wirtschaftsunternehmen auf die Lebens- und Gesellschaftsgestaltung zurückdrängen.

V.

Zu den Grundsätzen in einzelnen Politikbereichen

Bei der Umsetzung des Konzepts nachhaltiger Politik in die einzelnen Politikbereiche sind die Sicherung des Weltfriedens, eine neue Bildungspolitik, eine umweltverträgliche Energie-, Verkehrs-, Konsum- und Ressourcenpolitik sowie die Arbeits- und Sozialpolitik innerhalb europäischer und weltweiter Abstimmung prioritär. Wir treten für folgende Prinzipien ein:

Friedenspolitik

Nachhaltige Politik für eine Gesellschaft in Balance beginnt mit der Friedenspolitik. Der Abschluss eines Weltklimavertrags und des Weltvertrags zur Bekämpfung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte ist notwendig; die Weltorganisationen sind auf die Politik der Nachhaltigkeit umzugestalten, überflüssige Organisationen sind aufzulösen (NATO). Wir brauchen keine selbsternannten Weltpolizisten. Wir fordern die Überprüfung aller Rüstungsaufträge und den Stopp des Rüstungsexports sowie das Verbot von nationalen und internationalen Angriffsarmeen.

Bildungspolitik

Wir sind stolz darauf, dass wir den sozialen Aufstieg durch Bildung unabhängig von Geschlecht und Herkunft ermöglicht haben. Dieser Weg muss fortgesetzt werden; denn auch hier ist die Gesellschaft noch nicht in Balance.

Genauso wichtig ist es, die Alltagskompetenz für die eigene Lebensgestaltung und die Übernahme von Verantwortung für andere sowie für die Mitgestaltung des gesellschaftlichen Prozesses zu stärken. Dazu zählt auch die Heranführung an das Leitbild von nachhaltiger Entwicklung. Was heißt Gerechtigkeit? Wie funktionieren Wirtschaft (Kapitalismus und Alternativen) und Konsum? Welchen Zweck haben sie? Ist Wachstum noch zeitgemäß? Was sind Geld und Schulden, welche Rolle spielen sie? Welche Moral, welche Werteentscheidungen stehen hinter unserem Verhalten? Was ist Klimawandel? Was bedeuten eigene Daten im Internet? Warum brauchen wir interreligiösen Dialog? Wann ist ein Land ein Einwanderungsland? Wir fordern, dass solche Themen wie auch die Ernährungsbildung als Pflichtfächer in Schulen und Hochschulen vermittelt werden.

Wirtschafts- / Industrie- /Umweltpolitik / Außen- / Entwicklungspolitik

Zur Umsetzung der in Abschnitt IV. 6 beschriebenen Überlegungen wollen wir das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (1967) mit Magischen Viereck durch ein Gesetz zur Förderung des Wohlstands durch nachhaltige Wirtschaftsweise ersetzen. (Ökologische Nachhaltigkeit, Soziale Nachhaltigkeit, Ökonomische Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen). Dazu sind einschlägige Einzelgesetze anzupassen oder außer Kraft zu setzen (z.B. das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von 2009). Kooperation, solidari-

ches Wirtschaften, altruistisches Verhalten und immaterieller Wohlstand sollen belohnt bzw. gefördert werden wie auch Regional-, Lokal- u. Selbstversorgungsnetze.

Freihandelsabkommen sind durch „Fairtrade-Abkommen“ zu ersetzen. Wir wollen sozial verträgliche Arbeitsbedingungen, auskömmliche Löhne und faire Preise, die Stärkung der lokalen Märkte in den Entwicklungsländern, statt sie mit verbilligten europäischen Exportprodukten zu unterdrücken. Der Ausgleich unserer Handelsbilanz ist dringend notwendig. Wir fordern zur drastischen Reduzierung der Umweltbelastungen und -schädigungen, dass u.a. die Kappungsgrenzen / Fangquoten so eng und die CO²-Zertifikate so teuer sind, dass sich deren Kauf gegenüber Investitionen in ressourcenschonende Techniken nicht lohnt. Z.B. müssen CO²-Zertifikate auf über 30 € /Tonne steigen.

Wir schlagen die Einführung eines individuellen Emissionsbilanz-System vor: Für jeden Bürger wird für die Bereiche Energie, Konsum, Mobilität ein Emissionsbudget festgelegt, das im Einklang mit der Umwelt und den Lebensrechten Anderer, auch der künftigen Generationen steht. Bei Budget-Überziehungen fallen Umweltabgaben (CO²-Steuer) an, mit denen schädliche Auswirkungen gemindert und die Regenerationsfähigkeit der Natur gestärkt werden.

Finanzpolitik

Das Kreditwesen soll beschränkt, das Vollgeld-Prinzip eingeführt werden. Wir wollen die Anpassung des Finanzsektors an die Realwirtschaft; auf Geldvermögen, das nicht nachhaltig investiert wird, sind keine Renditen zu gewähren. Spekulationen mit Finanzwetten entfallen. Auch unser Umgang mit der Finanzkrise und folgender Euro-Staats-Schuldenkrise führte zur Vergrößerung der Vermögensunterschiede in unserem Land und in Europa. Dem Versprechen der Bundesregierung, die Geldeinlagen der Sparer/innen seien sicher, standen ungleich höhere Unterstützungsmaßnahmen für Banken und Unternehmen gegenüber, die finanziert wurden aus Steuermittel, also wiederum zu einem großen Teil zu Lasten der Sparer/innen. Mit der Trennung von Risiko und Haftung mussten sich auch die Einzelpersonen, die die Krise zu verantworten und sich daran bereichert hatten, nicht persönlich verantworten. Ebenso wenig fand die versprochene Umgestaltung des Bankenwesens und die Eingrenzung des (virtuellen) Finanzmarktes durchgreifend statt, während die Reduzierung der Staatsschulden (in den südlichen Ländern) im Wesentlichen mit Kürzungen der Sozialleistungen eingefordert wurde.

Wir wollen eine gerechte Steuerpolitik. Der Grundsatz, dass alle Steuerpflichtigen den in der Relation zu ihren Einkommensverhältnissen gleichen Beitrag für die Gesellschaft erbringen, muss wieder voll zur Geltung gebracht werden. Dazu gehört auch eine Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften. So sollen die öffentlichen Haushalte auch entschuldet werden und künftig weitestgehend schuldenfrei bleiben.

Arbeits- / Sozialpolitik

Dem Grundsatz der fairen Arbeitsbedingungen wollen wir höhere Priorität einräumen und den Niedriglohnsektor zurückdrängen. Wir wollen die Gewinne der Unternehmen gleichmäßig auf Eigner und Lohnempfänger verteilen und dabei den Beschäftigten eine Wahlmöglichkeit zwischen mehr Geld oder mehr freier Lebenszeit einräumen. Für jeden, der die Verkürzung der Arbeitszeit wählt, fordern wir einen Personalausgleich durch entsprechende Neueinstellung.

Wir wollen die Privatisierung der Rentenversicherungssysteme rückgängig machen.

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung der Arbeitswelt nutzen und die Risiken so klein wie möglich halten. Da Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen werden, unterstützen wir für die Beschäftigten ein Recht auf Fortbildung und lebenslanges Lernen. Es kann aber auch sein, dass die Zahl der Beschäftigten insgesamt abnimmt. Insbesondere in diesem Fall, aber auch generell halten wir Maßnahmen für notwendig, mit denen eine größere oder gar eine völlige Unabhängigkeit des Menschen vom volatilen Marktgeschehen, von Geld und Erwerbsarbeit möglich wird. Wir fordern deshalb, ein bedingungsloses Grundeinkommen als konstitutionelles Anrecht (Grundrecht) anzuerkennen, mit dem die materielle Lebensgrundlage eines jeden garantiert wird. Damit wird unser sozialer Wohlfahrtsstaat durch den Übergang von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft ersetzt. Die Berufsposition muss nicht mehr im Mittelpunkt des Lebens stehen, sondern kann von jeglicher Form einer freien Tätigkeit (Tätigkeiten im Ehrenamt, im sozialen Bereich wie Kindererziehung, Betreuung nicht selbständiger Menschen oder Jugendarbeit außerhalb von Institutionen) abgelöst werden. So kann jeder Bürger seinen ihm möglichen gesellschaftlichen Beitrag leisten und sich nicht - wie im bestehenden System zu häufig - davor drücken. Die Teilhabe als akzeptiertes Mitglied der Gesellschaft an deren Leben wird mit einem bedingungslosen Grundeinkommen auch für ärmere Gesellschaftsmitglieder einfacher als bisher.

Energiepolitik / Verkehrspolitik

Die ökologische Krise wird maßgeblich von der Verbrennung fossiler Ressourcen zur Energiegewinnung für Lebensweise und Wirtschaften verursacht. Wir wollen deshalb die schnelle (2030) Stilllegung aller Kohle- und Atomkraftwerke, den Stopp des Neubaus solcher Kraftwerke und des Abbaus fossiler Bodenvorkommnisse. Gleichzeitig muss die Nutzung erneuerbarer Energien ausgebaut werden.

Wir wissen, dass unsere Mobilitätssysteme zu energieaufwendig, zu umweltbelastend und zu lärmintensiv sind. Wir wollen deshalb den Gütertausch und den Individualverkehr per Luft, Straße und Schiff reduzieren. Als Maßnahmen schlagen wir hierfür u.a. die Streichung von Subventionen (Kerosin, Diesel), das Verbot von Schweröl-Nutzung, die Einfüh-

rung fairer Preise und der Aufpreis zur Kompensierung von Umweltschäden vor. So würde der hemmungslose Welttourismus auf ein ökologisch verträgliches Maß reduziert. Gleichzeitig fordern wir den attraktiven Ausbau des Schienennetzes. Der öffentliche Nahverkehr sollte durch eine öffentliche Abgabe (Steuer) finanziert und so attraktiv gemacht werden, dass er Anreize schafft, das eigene Auto stehen zu lassen.

Agrar- / Ernährungspolitik

Die industrialisierte Landwirtschaft einschließlich der Nutztierhaltung mit stetig gestiegener Fleischproduktion und entsprechendem Verzehr ist eine weitere wesentliche Ursache für die Umweltkrise. 2016 gab es viermal so viele Nutztiere wie Menschen auf der Erde. 70% der Landwirtschaftsemissionen stammen aus der Tierhaltung, mit der jährlich 8,25 Mio. Tonnen Fleisch produziert werden - bis zur Hälfte (Schweine) zum Export. Die BRD ist der drittgrößte Agrarexporteur (Fleisch und Milch); 2/3 der landwirtschaftlichen Fläche dient bei uns als Futterland für 200 Mio. Tiere in Massenhaltung. Ausreichendes Futter haben wir aber nicht: Wir importieren alleine 4,5 Mio. Tonnen Soja aus Lateinamerika auf Kosten des Regenwaldes.

Wir wollen eine Agrarwende, die sich ausrichtet an den Kriterien Tierschutz (insbesondere bei der Milcherzeugung und Fleischproduktion), Ökologie (insbesondere im Hinblick auf die Industrialisierung der Landwirtschaft und Massentierhaltung mit dem damit verbundenen Leistungs- und Wachstumsdenken), sowie Gesundheitsschutz der Verbraucher (Gentechnik und Antibiotika-Einsatz bei Tierseuchen) „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“.

Wir fordern, den Tierbestand bis 2030 zu halbieren, um die Klimaziele zu erreichen und die Landwirtschaft in den Emissionshandel einzubeziehen. Die Mehrwertsteuer sollte auf 19% erhöht werden mit Ausnahme der biologisch-ökologischen Produkte, die am geringsten besteuert werden sollten, damit jeder sich die gesundhaltende Biokost leisten kann.

Wir wollen eine ausreichende Nahrungsproduktion zur jährlichen Vollversorgung der Bevölkerung. Es könnten heute 4 Milliarden mehr Menschen gut ernährt werden, wenn auf den Äckern der Welt nicht Futter- und Energiepflanzen wüchsen. Die Reduzierung des Fleischverzehrs ist unumgänglich, gegebenenfalls über eine Fleischsteuer zu forcieren. Die bisherige Lebensmittelvernichtung (jährlich landen 11 Mio. Tonnen in Deutschland auf dem Müll) wollen wir gesetzlich eindämmen.

VI.

Zum Wandel - Was zu tun ist

Wir haben den notwendigen Wandel hin zu einer Gesellschaft in Balance mit einer reduktiven Lebens- und Wirtschaftsweise bisher nicht ernsthaft betrieben. Das macht den Wandel nun noch schwieriger. Denn Wandel ist schon per se nicht einfach.

Zum Einen hängt die Veränderungsbereitschaft davon ab, welche Wurzeln unser moralisches Bewusstsein hat. Die Ethik der Gemeinschaft, die den eigenen Vorteil gegenüber dem Gemeinwohl zurücktreten lässt, jedenfalls die Balance zwischen Eigennutz und Gemeinwohl anstrebt, ist bei uns in den letzten Jahrzehnten nicht sehr ausgeprägt und auch von der Politik nicht gefördert worden. Dies ist nicht auf die Schnelle zu verändern. Hier kann nur längerfristig über entsprechende Bildungsangebote ein Bewusstseinswandel entstehen. Deshalb ist Bildungspolitik so wichtig: Es geht aber nicht nur um mehr Bildung, sondern auch um eine andere Bildung.

Zum anderen ist Wandel schwierig, da es die soziale (Nachahmungs-) Faustregel „Tue das, was die Mehrheit tut; tanz nicht aus der Reihe“ zu überwinden gilt. Und die Mehrheit in der Bevölkerung ist immer noch konsum- und wachstumsorientiert.

Es gibt aber Indizien, dass diese Mehrheit bröckelt. Nach einer jüngsten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach entdeckt die „Generation Mitte“ (Gruppe der 30- bis 59-Jährigen) die Freundschaft als neue Konstante in ihrem Leben. Die Gesellschaft sei materialistischer, egoistischer und intoleranter geworden. Rücksichtslosigkeit, mangelnde Hilfsbereitschaft sowie Respektlosigkeit gegenüber Regeln und Vorschriften werden beklagt; auch zunehmender Stress, hohe Anforderungen an Flexibilität, das Anhäufen von Besitz und das ständige „sich miteinander vergleichen müssen“ in materieller Hinsicht werden bemängelt. Nur jeder Dritte, also eine Minderheit, glaubt, in glücklichen Zeiten zu leben.

Das spricht für eine Änderung des Bewusstseins und für eine Hinwendung zu einer Lebenseinstellung, die Grundlage für eine Gesellschaft in Balance sein kann und die auch mit dem Schlagwort „Work-Life-Balance“ umschrieben wird und schon Anfang des neuen Jahrtausends aufkam. Auch darin ist eine neue um sich greifende Lebenseinstellung zur Arbeit enthalten, nämlich die Weigerung, der Arbeit bedingungslos Vorrang vor allem anderen einzuräumen, der freiwillige Verzicht auf materielle Güter und die Hinwendung zu immateriellen Zielen innerhalb einfacherer und natürlicherer Lebensformen. Die ökonomische Effizienz der Gesellschaft ist nicht mehr Selbstzweck, sondern nur Grundlage für eine neue Lebensform der Lebensfreude, des Wohlbefindens und der Stabilität der Gesellschaft.

Tatsächlich tut die Politik aber immer noch so, als ob die Mehrheit der Bevölkerung Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung als prioritäres Ziel ansieht. Ein Irrtum, der mit der Kapitallastigkeit der Volksparteien zu erklären ist?

1. Jedenfalls wollen wir die beschriebene Entwicklung aufgreifen und den dafür erforderlichen Politikwechsel im dargestellten Sinne einleiten. Wir müssen endlich den Mut haben, nachhaltige Politik umzusetzen, auch wenn noch keine Mehrheit in der Bevölkerung dafür besteht. Die SPD muss Vorreiterin, Anschieberin und Gestalterin des Wandels im be-

schriebenen Sinne sein. Sie muss neue Sozialregeln aufstellen und sicherstellen, dass die Bereitschaft zu diesem Wandel belohnt wird. Denn für die Realisierung des neuen Lebensstils in einer Gesellschaft in Balance liegt die Verantwortung bei der Politik, nicht bei dem Einzelnen. Sie muss für den notwendigen Wandel die Vorgaben (Rechts- und Ethikrahmen) schaffen. Da viele Menschen aktive Entscheidungen eher vermeiden als treffen wollen, können die Vorgaben so formuliert werden, dass aktives Tun des Einzelnen nicht erforderlich wird.

2. Zum Mut gehört auch der Mut zur Information. Information ist die Verringerung von Ungewissheit. Datenflut führt zur Desinformation, deshalb sei unsere Gesellschaft, so wird behauptet, auf dem Pfad der totalen Verdummung. Wir brauchen deshalb Politiker/innen, die den Mut haben, die Wahrheit zu sagen, dass wir unsere Lebensweise ändern müssen. Wir müssen erklären, dass nachhaltige Lebensweise für den dauerhaften Bestand unserer Gesellschaft - also für alle, auch für jede Wirtschaftsbranche - notwendig ist.

Diese Informationen müssen breit gestreut sein. Deshalb müssen wir die sozialen Netzwerke besser nutzen. Wir müssen auf die Kultur dieses Dialogs Einfluss nehmen, mehr sachliche Auseinandersetzung ins Netz tragen, etwas dagegen setzen, dass die Pöbeleien im Netz aufhören und nicht auch noch auf die Straße getragen werden. Wir dürfen vor allem diesen Kontakt zur Bevölkerung nicht den Populisten überlassen.

3. Und wir müssen schnell handeln. Der UN-Weltklimarat forderte in seinem jüngsten Bericht von der Politik „schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen“, um dramatische Folgen für das Leben auf der Erde zu verhindern. D.h. damit das Klima beherrschbar bleibt, müssen wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad (gegenüber dem vorindustriellen Niveau) begrenzen. Dazu müsste die Menschheit ihr Treibhausvolumen in den nächsten 20 Jahren um jährlich 3% verringern. Stattdessen steigen die Emissionen. Wenn wir so weiter machen, wird voraussichtlich in den 2040er Jahren die Chance vertan sein, Wetter und Klima, also unsere Lebensgrundlagen zu sichern.

Auch wir sind besonders gefordert; denn Deutschland gehört zu den Industrieländern, in denen zwar nur 20% der Weltbevölkerung leben, die aber 80% der von Menschen gemachten Emissionen verursachen. Wir können nicht den Rest der Welt auffordern, sich mit weniger zu begnügen, und selber nur zuschauen. Es geht auch um unsere Zukunft. Und wir beeinflussen mit unserem Handeln große Teile der Welt.

4. Die Partei muss vor allem wieder vertrauenswürdig sein, so dass sie auch von der Bevölkerung einen Vertrauensvorschuss für ihre versprochene neue Politik erhält. Sie muss überzeugen, dass sie sich wandeln will und dass sie den Interessenausgleich zwischen

den Gesellschaftsmitgliedern im Sinne einer Gesellschaft in Balance konsequent realisieren will.

Parteimitglieder sollten durch Vorbild überzeugen. Es gibt einen großen Kanon von Möglichkeiten: Kooperieren statt konkurrieren, Empathie zeigen, soziale und kulturelle Kontakte pflegen, sich Müße, Zeit, freie Lebensgestaltung gewähren; weniger konsumieren, über Wertschöpfungsketten informieren, weniger Fleisch essen; fair produzierte Ware kaufen, biologische Landwirtschaft unterstützen; keine Lebensmittel verschwenden, weniger Abfall produzieren, Plastik vermeiden; weniger fliegen, Schiff und Auto fahren; sparsamer heizen, Wasser- und Stromverbrauch senken; Anlagestrategien ändern.

Keine(r) muss gleich alles auf einmal machen - mit einigen wenigen Veränderungen anzufangen: das wäre doch was.

Und natürlich können die Regierungen und Verwaltungen in Bund und Ländern mit gutem Beispiel vorangehen. Wir begrüßen es deshalb, dass die Präsidenten/innen der Bundes- und Landesrechnungshöfe im Oktober 2018 beschlossen haben, sich künftig verstärkt mit der Nachhaltigkeit des Regierungs- und Verwaltungshandelns zu beschäftigen.

VII.

Zur innerparteilichen Erneuerung

1. Die parteiinterne Willensbildung sollte vorrangig über die Parteigremien „von unten nach oben“ erfolgen. Dafür sind ausreichend Zeit und ein abgestimmtes Verfahren vorzusehen. Der beabsichtigte Ausbau der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten mit einer SPD-App als zentrale Anlaufstelle für die Parteimitglieder sollte den hergebrachten Willensbildungsprozess nicht ersetzen, sondern stärken.
2. Das Delegiertenprinzip sollte aufgeweicht werden. Die *Quote* der Delegierten für das jeweilige Parteigremium sollte sich nach den entsprechenden (Kommunal-, Landes-, Bundestags-) Wahlergebnissen richten. Die Delegierten sollten die jeweilige inhaltliche und personelle Position des sie wählenden Gremiums vertreten.
3. Parteimitgliedern sollte auf allen Delegiertenversammlungen als Gäste Rederecht eingeräumt werden.
4. Die Quotenregelungen sind insgesamt überbordend und sollten aufgeweicht werden. Z.B. könnte die Zahl der Kandidaten und Kandidatinnen bei der Quotierung der Wahlplätze berücksichtigt werden können.
5. Bundes- und Landes-Vorstände / Vorsitzende sollten von allen Mitgliedern der jeweiligen Parteiebene gewählt werden.